

Wertheimer, Robert G.

Article — Digitized Version

Gute Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wertheimer, Robert G. (1972) : Gute Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 3, pp. 143-145

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134376>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

USA

Gute Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung

Robert G. Wertheimer, Cambridge/Mass.

Das Jahr 1971 ließ eine durchgreifende wirtschaftliche Erholung in den USA noch immer vermissen. Dennoch wurde es zu einem der bemerkenswertesten Jahre, in dem das Unerwartete zur Regel wurde. Die Entwicklung des Bruttosozialprodukts der USA enttäuschte die optimistischen Erwartungen zu Beginn des vergangenen Jahres. Sinkende Zuwachsraten bei den Verbrauchs- und Investitionsausgaben, eine stagnierende industrielle Produktion, mangelnde Lagerinvestitionen und unerwartet niedrige Zuwachsraten im Außenhandel und eine geringe Zunahme an Arbeitsplätzen bestimmten das Bild. Nur die Inflationsrate fiel aufgrund der Kontrollen besser aus als erwartet.

Durchschnittliches Jahr 1971

Das BSP stieg 1971 um 71 Mrd. \$ auf 1.045 Mrd. \$ und wuchs damit nominal um 7,3%. Die reale Wachstumsrate betrug nur 2,3%. Die Ausgaben für den privaten Verbrauch nahmen etwa mit der gleichen Rate zu wie das BSP. Die privaten Einkommen lagen um 6,5% über dem Vorjahresstand. Die Ausgaben für den Wohnungsbau waren um 34% höher als diejenigen von 1970. Im öffentlichen Bereich war eine Steigerung der Bundesausgaben um 7,7% und der Ausgaben der Staaten und Gemeinden um 11% zu verzeichnen. Die Anlage- und Vorratsinvestitionen stiegen jedoch nur um 4%, die Exporte sogar nur um 2%. Die Erholung, die bei der Gewinnentwicklung zu beobachten war, reichte damit nicht aus, um für eine durchgreifende Belebung der Investitionstätigkeit zu sorgen. Ähnliches gilt für das unglaublich hohe Defizit von 40 Mrd. \$ im Bundeshaushalt für das Fiskaljahr 1971.

Nach diesen Daten war 1971 wieder einmal ein ganz durchschnittliches Jahr, in dem sich die Wirtschaft zu langsam erholte, als daß die Arbeits-

losigkeit schnell gesenkt und die Kapazitätsauslastung der Industrie (1971: 73%) erhöht werden konnte.

In jenem Jahr wurden jedoch von der Regierung auch historische Entscheidungen getroffen. Der 15. August brachte den Preis- und Lohnstopp, die Zusage von Steuersenkungen sowie das Ende der Konvertibilität des Dollars und führte zu seiner Abwertung und zum Realignment der Währungen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen kamen 1971 noch nicht voll zum Tragen. Der Preisindex für die Lebenshaltungskosten nahm jedoch statt mit der erwarteten Rate von 4,8% mit 4,5% zu, die steuerlichen Maßnahmen stimulierten sofort den Pkw-Absatz und führten neben einer geringen Entlastung der Steuerzahler zu einer Belebung der Anlageinvestitionen.

Der Sinn all dieser Maßnahmen war der nochmalige Versuch, die Wirtschaft für das kritische Wahljahr 1972 zu schnellerem Wachstum bei geringerer Inflation anzuregen – denn in innenpolitischer Hinsicht bieten eine Arbeitslosigkeit von 6%, Rekorddefizite der öffentlichen Haushalte, Lohn- und Preiskontrollen sowie die Dollarabwertung der demokratischen Opposition zu gute Wahlkampfargumente, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß Präsident Nixon für das letzte Jahr eine Senkung der Arbeitslosigkeit auf 4,5% und einen Rückgang der Inflationsrate auf 3% bis Mitte 1972 bei einem Defizit im Bundeshaushalt von nur 12 Mrd. \$ vorausgesagt hatte.

Robert G. Wertheimer lehrt als Professor am Babson College for Management Education in Babson Park, Mass. Er beschäftigt sich vor allem mit Konjunkturfragen und gilt als besonderer Sachkenner der deutschen und amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse.

Wieder einmal hofft nicht nur die Administration, daß das nächste Jahr besser sein werde als das vergangene und endlich ein angemessenes Wirtschaftswachstum bei sinkender Inflationsrate und geringerer Arbeitslosigkeit bringen wird. Diese Hoffnungen sind nicht unbegründet. Denn sehr wahrscheinlich werden im Jahre 1972 endlich die Früchte der in den letzten drei Jahren unternommenen Bemühungen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage geerntet werden können.

Wie der überraschend hohe Pkw-Absatz zeigt, ließen sich die Konsumenten bereits zu einer Steigerung der Verbrauchsausgaben bewegen. Steigende Einkommen der Selbständigen und unselbständig Beschäftigten, nachlassende Befürchtungen um die Sicherheit der Arbeitsplätze oder Gewinneinbußen sowie steuerliche Erleichterungen lassen weiterhin steigende Ausgaben für kurzlebige und langlebige Verbrauchsgüter erwarten. Und der Boom im Wohnungsbau wird sich vermutlich fortsetzen. Die Abschwächung der inflationären Entwicklung wird ihrerseits positiv auf die Konsumneigung wirken, da „man mehr für sein Geld bekommt“. Auch die bisherige hohe, dem Schutz gegen die allgemeine Unsicherheit dienende Sparquote könnte sinken und somit mehr Mittel für den Verbrauch freisetzen. Alles in allem sollten die Verbrauchsausgaben mit einer Rate von vielleicht etwas unter 8% zunehmen. Entscheidend für das erwartete Wachstum werden aber die privaten Investitionstätigkeit und die Exportentwicklung sein.

Zunehmende Investitionstätigkeit

Obwohl Anfang 1972 noch eine gewisse Zurückhaltung der Wirtschaft bei dem Kauf von neuen Anlagen und der Aufstockung ihrer Lager registriert werden muß¹⁾, könnte die weitere Entwicklung in dieser Hinsicht eine Änderung erzwingen. Denn die Umsätze sollen sich gegenüber 1971 um 7–8% erhöhen, nachdem sie 1971 statt mit einer erwarteten Zuwachsrate von 4% um 6,4% gestiegen waren. Anscheinend unterschätzten die Produzenten bisher die an sie gestellten Anforderungen. Für eine stärkere Investitionstätigkeit sprechen zudem erhöhte Verbrauchsausgaben, eine steigende Liquidität, zunehmende Gewinne, Steueranreize, billigere Kredite usw.²⁾. Es ist deshalb nicht unrealistisch, für die Ausgaben für Anlage-

1) Der vom Journal of Commerce am 16. 1. 1972 abgeschlossene Survey of American Manufacturers stellt fest, daß die Industrie für 1972 gegenüber 1971 etwas geringere Anlage- und Ausrüstungsinvestitionen vorsieht, während die Vorratsinvestitionen erst Ende 1972 gegenüber Ende 1971 zunehmen werden.

2) Die Steuerbegünstigung bei Investitionen sollten den Cash Flow der Unternehmen um 3,5 Mrd. \$ vermehren. Beschleunigte Abschreibungen werden den Unternehmen weitere 1,5 Mrd. \$ Steuereinsparungen bringen. Zusammen mit den steigenden Gewinnen wird ihre Liquidität damit erheblich verbessert.

investitionen insgesamt eine Steigerungsrate von 11% anzunehmen. Sie würden damit von 83 Mrd. \$ für 1971 auf 91 Mrd. \$ für das Jahr 1972 steigen (1970: 80 Mrd. \$). Dabei werden die öffentlichen Investitionen im Versorgungs-, Transport- und Verkehrsbereich die höchsten Zuwachsraten erzielen, gefolgt von Investitionen der verarbeitenden Sektoren³⁾.

Außerdem könnte es aufgrund der veränderten internationalen Währungssituation zu einem bedeutsamen Wandel in der Investitionstätigkeit kommen. Die Dollarabwertung und die negative Reaktion des Auslands auf exzessive US-Direktinvestitionen könnten den bisher festzustellenden Trend steigender Kapitalabflüsse in die ausländischen Tochtergesellschaften umkehren und die Unternehmen zu einer schnellen Steigerung ihrer Inlandsinvestitionen ermutigen (obwohl für 1972 ein weiteres Wachstum der Auslandsinvestitionen um 13% geplant wird). Tatsächlich können viele der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA auf eine zu niedrige Wachstumsrate der Inlandsinvestitionen zurückgeführt werden, wodurch technologische und Produktivitätsfortschritte gegenüber dem Ausland vernachlässigt werden.

Im Hinblick auf die für die konjunkturelle Entwicklung außerordentlich wichtigen Vorratsinvestitionen könnte das Jahr 1972 eine erfreuliche Überraschung bringen. Nach dem langsamen Anstieg im Jahre 1971 sollten für das laufende Jahr sehr viel höhere Wachstumsraten zu erwarten sein, insbesondere wenn der private Verbrauch schneller zunimmt. Ein Anstieg der Lagerinvestitionen auf 10–12 Mrd. \$ aufgrund des steigenden Vertrauens der Wirtschaft in eine zunehmend beschleunigte Erholung ist keine unrealistische Annahme.

Positive Gewinnentwicklung

Für eine positive Entwicklung der Investitionstätigkeit spricht auch die Gewinnentwicklung. Die Gewinne vor Steuerabzug stiegen von 75 Mrd. \$ Ende 1970 (die Nettogewinne betragen für das ganze Jahr 41 Mrd. \$) schon bis Mitte 1971 auf 82 Mrd. \$. Das entspricht – umgerechnet auf das ganze Jahr – einem Wachstum der Gewinne von 48 Mrd. \$ oder 16% gegenüber 1970. Für 1972 wird wiederum eine Erhöhung der Gewinne um 15% auf 94 Mrd. \$ vor Steuerabzug erwartet. Die Dividendenzahlungen werden dagegen aufgrund der freiwilligen Begrenzung im Rahmen der Phase II bestenfalls um 4% auf 26 Mrd. \$ steigen. Die entsprechenden Raten für 1970 und 1971 lagen bei 3%.

3) Die industriellen Investitionen sanken 1971 gegenüber 1970 um 5%, so daß ihre für 1972 geplante Steigerung um nur 4% dennoch ermutigend wirkt.

Die positiven Effekte, die von der Ausfuhr zu erwarten sind, hängen vor allem von den Auswirkungen der Dollarabwertung ab. Wenig zweifelhaft sollte aber der Umschwung in der Handelsbilanz von einem Defizit von 2 Mrd. \$ für 1971 zu einem Überschuß von wenigstens der gleichen Größenordnung sein. (Angesichts des Defizits von 30 Mrd. \$ in der Bilanz der offiziellen Reservetransaktionen für 1971 eine unbedingte Notwendigkeit!). Obgleich die jüngsten Voraussagen über die wirtschaftliche Entwicklung in Europa ein verlangsamtes reales Wirtschaftswachstum von nur 3% gegenüber ursprünglich erwarteten 4% annehmen, werden sie wahrscheinlich wie gewöhnlich bald nach oben revidiert und korrigiert werden müssen, so daß die Importe stärker als erwartet sein werden. Der amerikanische Nettoüberschuß in der Bilanz der privaten Dienstleistungen sollte seine Höhe halten und (in der Bilanz des privaten Güter- und Dienstleistungsverkehrs) zu einem Exportüberschuß führen.

Beunruhigendes Haushaltsdefizit

Der gegenwärtige Aufwärtstrend der Staatsausgaben für das Gesundheitswesen, das Bildungswesen und für Wohlfahrtsprogramme wird – abgesehen von den Verteidigungsausgaben – zu einem Ausgabenzwang führen, der den gegenwärtigen Staatshaushalt bald sprengen dürfte. Während der Präsident ständig die notwendige Unterstützung des Kongresses für die Verabschiedung seines Revenue Sharing Plan und Welfare Plan betont⁴⁾, stellen Öffentlichkeit und Kongreß unüberhörbar die Frage, wie die für die Fiskaljahre 1971 und 1972 ursprünglich veranschlagten Defizite von 1 Mrd. \$ bzw. rund 12 Mrd. \$ sich zu tatsächlichen Defiziten von 23 Mrd. \$ bzw. 39 Mrd. \$ auswachsen konnten. Während der gesamten Amtszeit Präsident Johnsons von 1966 bis 1968 beliefen sich die Gesamtdefizite z. B. nur auf etwa 50 Mrd. \$. Johnsons Defizite entstanden aber hauptsächlich durch die Ausgaben-erhöhungen für den Vietnamkrieg, die nicht durch entsprechende Steuererhöhungen ausgeglichen wurden. Das Überraschungsdefizit Nixons ist dagegen nicht das Ergebnis von übermäßigen Ausgabensteigerungen. Von 1970 auf 1971 erhöhten sich nämlich die Haushaltsausgaben nur um 7,7%, von 1971 auf 1972 werden sie um weitere 12,4% wachsen, im Fiskaljahr 1973 dagegen nur um 4%.

Ursache für das Defizit sind das wegen der Rezession stärker als erwartet schrumpfende Steuer-

aufkommen und die vorausgegangenen Steuer-senkungen. Nur so kann die Verdreifachung des Defizits von den ursprünglich in der Haushaltsrede für 1971 genannten 11,6 Mrd. \$ auf tatsächlich fast 40 Mrd. \$ nachträglich erklärt werden.

Naturgemäß wird deshalb auch das neue für 1973 geschätzte Defizit von 25 Mrd. \$ von Anfang an mit Mißtrauen betrachtet. Denn die neuen Steuerreformgesetze senkten das Aufkommen des jetzigen Steuersystems um mindestens 10 Mrd. \$ bis 20 Mrd. \$ jährlich. Ein einfacher Ausweg wird teilweise in durchgreifenden Kürzungen des Militärhaushalts zugunsten des Wohlfahrtsstaates gesehen. Dieser Ausweg kann aber, obwohl immer mehr Amerikaner ihn erhoffen, nicht ergriffen werden. Der Hinweis, daß alle diese Aufgaben bequem durch Streichungen des Verteidigungshaushalts von 80 Mrd. \$ auf 50 Mrd. \$ oder noch weniger finanziert werden könnten, läßt nämlich außer acht, daß bereits jetzt 50% der Verteidigungsausgaben (in den späten 70er Jahren sogar 60%) aus Löhnen und Gehältern für Soldaten und zivile Angestellte bestehen. Eine derartige Kürzung des Verteidigungshaushalts würde die notwendigen Ausgaben für verbesserte Waffen, Ausrüstungen usw. auf unter 20 Mrd. \$ drücken. Da sich die USA in ihren Verteidigungsanstrengungen nach den vermutlichen Ausgaben der UdSSR für diese Zwecke richten muß, würde mit einer derartigen Senkung der Verteidigungsausgaben nur noch die Hälfte des sowjetischen Aufwands erreicht werden. Was – außer einer demonstrativen sowjetischen Abrüstung – könnte ein derartiges Risiko rechtfertigen?

Schlußfolgerungen

Im Hinblick auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine niedrige Inflationsrate und ein stärkeres, hauptsächlich durch die Privatwirtschaft bewirktes Wachstum wird 1972 für die USA wahrscheinlich ein gutes Jahr werden. Das BSP kann eine Höhe von 1.137 Mrd. \$ erreichen und damit nominell um 8,8% gegenüber 1971 wachsen. Davon werden 4,9% reales Wachstum sein und 3,9% von Preissteigerungen herrühren. Die Zahl der Arbeitslosen wird jedoch trotz 1 Mill. neuer Arbeitsplätze nur geringfügig abnehmen. Die Arbeitslosenquote wird weiterhin bei 5% liegen. Günstige Entwicklungen zeichnen sich im Wohnungsbau, bei den Anlage- und Vorratsinvestitionen, bei den Gewinnen und im Außenhandel ab. Beunruhigend sind die Unvermeidbarkeit eines hohen Haushaltsdefizits, die ungeordnete internationale Wirtschafts- und Währungssituation und das Problem einer Fortsetzung des Preis- und Lohnkontrollsystems über die Phase II hinaus.

⁴⁾ Der Revenue Sharing Plan soll 1972 2,5 Mrd. \$ und im folgenden Jahr 5,3 Mrd. \$ den Bundesstaaten und Gemeinden ohne besondere Auflagen zur Verwendung nach eigenem Ermessen zur Verfügung stellen. Der Welfare Plan soll an gewisse Bedingungen gebundene Familienunterstützungszahlungen von 2.400 \$ jährlich ermöglichen.